

Print-Veröffentlichung

Medium	Stadtteil-Kurier Links der Weser & West (Weser-Kurier)		
Datum	Montag, 21. März 2022		
Auflage	23.761	Anzeigenäquivalenz	4.807 €
Verbreitung	Neustadt, Huchting, Obervieland, Woltmershausen, Strom, Seehausen, Findorff, Walle, Gröpelingen, Oslebshausen, Blockland, Burg-Grambke		

Angst vor mehr Strom-Sperren

Wie das Aktionsbündnis "Menschenrecht auf Wohnen" den Ärmsten helfen will

Bahnhofsvorstadt. Zu Beginn des jüngsten, virtuellen Treffens des Aktionsbündnisses „Menschenrecht auf Wohnen“ hob Jens Rathgeber von der Awo Blumenthal die große Hilfsbereitschaft der Bremerinnen und Bremer für Geflüchtete aus der Ukraine hervor: „Wir bekommen zurzeit unglaublich viele Wohnungsangebote von Privatpersonen“. Auch Manfred Corbach, Prokurist bei der Gewoba, betonte, dass das Wohnungsbauunternehmen helfen wolle, indem es versuche, Wohnfläche zur Verfügung zu stellen. Corbach sagte aber auch, dass andere Wohnungssuchende bei aller Hilfsbereitschaft nicht vergessen werden dürften.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Kriegs- und Krisen-Situation steigt die Sorge um eine Zunahme von Strom-Sperren, aber auch um einen für Menschen in prekären Lebenslagen nahezu leer gefegten Wohnungsmarkt. Erst jüngst hatte Awo-Präsident Michael Groß gefordert, den Mietwucherparagrafen scharf zu stellen und betont: „Wohnen ist keine Ware“. Einer der Teilnehmenden des Treffens des Aktionsbündnisses stellte die Frage in den Raum, weshalb das Jobcenter eigentlich so lange brauche, bis es Überbrückungskredite gewähre, um zu verhindern, dass es wegen der aktuell noch einmal besonders hohen Energie-Kosten nicht vermehrt zu Sperren von Strom und Wasser kommt.

135 Euro Energiekostenzuschuss für eine Person – das sei zu wenig, kritisiert Achim Iwerts vom Aktionsbündnis

Das Aktionsbündnis in persona von Achim Iwerts kritisiert auch, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Energiekosten-Zuschüsse für Menschen in prekären Lebensverhältnissen zu gering seien: 135 Euro für eine Person, 175 Euro für zwei Personen und 35 Euro für jede weitere Person.

Dass die neue Bundesregierung die auf Grundsicherung angewiesenen Haushalte mit knapp 100.000 angebe, hält man beim Aktionsbündnis für viel zu gering. Immerhin hätten die Schätzungen der alten Bundesregierung um ein Vielfaches höher gelegen. Realistisch sei die Zahl von 300.000 bis 400.000 bundesweit, wie das in Bremen aussehe, könne man momentan noch nicht sagen, sagte der frühere Sozialarbeiter Iwerts. Zu dieser Thematik soll eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden. Weit vorangeschritten ist inzwischen die systematische Erfassung von Leerständen in einigen Teilen Bremens, um die sich unter

anderem Achim Iwerts vom Aktionsbündnis kümmert. Eine Anfrage, was aus diesen Leerständen werden solle, hat er mit einem Mitsreiter vor einem Monat an die Baubehörde gestellt, aber bisher noch keine Antwort erhalten.

Und noch ein weiteres Problem treibt das Aktionsbündnis um: Für den jüngst mit allen Ehren verabschiedeten Diakon und Sozialarbeiter Harald Schröder ist bislang kein Nachfolger in Sicht, genauso wie für seinen Sozialarbeiter-Kollegen Jonas Pot d'Or, der im Herbst in Rente geht. Dazu fehlten die finanziellen Mittel, hieß es dazu. „Die beiden hinterlassen eine riesige Lücke in dem Bereich, in dem es wirklich brennt“, betonte Jürgen Seippel von der Liebfrauenkirche. Nun soll ein Spendenkonto bei der Kirche zur Finanzierung der Stellen eingerichtet werden.

300.000 bis 400.000 Haushalte, die auf Grundsicherung angewiesen sind, hält das Aktionsbündnis für realistisch.

Moritz Muras, Geschäftsführer der Wohnungslosenhilfe Bremen, berichtete über die weitere Entwicklung des Modell-Sozial-Projektes „Housing first“, in dem gerade neun Wohnungslose betreut werden. Zwei bis drei von ihnen seien gerade dabei, einen Mietvertrag zu unterschreiben. Eine Einzelperson habe gerade eine Wohnung bezogen. Fazit: Auch, wenn es ganz gut vorangehe, gelte es, zahlreiche bürokratische Hürden zu nehmen, um etwa einen Wohnberechtigungsschein zu ergattern. Laut Muras zeige sich das Jobcenter kooperativ, wenn es um die Ausgabe von Mietübernahmebescheinigungen gehe.

Sobald das Aktionsbündnis wieder in Präsenz tagen kann, hat es in der Friedensgemeinde, Humboldtstraße 175, einen neuen Raum gefunden. Wo das nächste Treffen am Montag, 4. April, um 17 Uhr, stattfinden kann, wird noch bekannt gegeben.



Steht in der Kritik, weil die Vergabe von Überbrückungskrediten schleppend läuft: das Jobcenter Bremen.

KULTURAMBULANZ

Noch freie Plätze
im Ferienprojekt

Osterholz. Beim künstlerischen Ferienprojekt mit der Bremer Künstlerin Anja Fußbach, das von Montag, 4. April, bis Freitag, 15. April, im Haus im Park für Kinder ab sechs und bis 14 Jahren angeboten wird, sind noch Plätze frei. Die Ferienfreizeit ist wahlweise für eine oder für beide Wochen buchbar. Diesmal geht es um Tagträume und um die Erfindung eines ganz eigenen Märchens. Ziel ist eine gemeinsame öffentliche Kunstperformance im Haus im Park. Das Ferienprojekt findet täglich von 9 bis 15 Uhr im und rund um das Haus im Park statt. Betreut werden können die Teilnehmer aber schon ab 8 und bis 16 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos, für die Verpflegung wird ein Kostenbeitrag von 21,20 Euro für die ganze Woche erhoben. Die Ergebnisse werden am Freitag, 11. April, ab 14 Uhr präsentiert. Anmeldungen bei der Kultur-Ambulanz, Telefon 4081757, oder per E-Mail an info@kulturambulanz.de. Die Ferienzeit wird unterstützt von „Jugend ins Zentrum“ und Win. Mehr Infos online auf www.kulturambulanz.de. ATT

FRIEDENSGEMEINDE

Strategien
gegen Klimawandel

Östliche Vorstadt. Der Bremer Hirnforscher Professor Gerhard Roth spricht am Mittwoch, 23. März, 19.30 Uhr, in der Evangelischen Friedensgemeinde, Humboldtstraße 175, zum Thema: „Klimaschutz und Verhaltensänderung bei Menschen – aus Sicht der Hirnforschung“. „Nahezu jede und jeder würde inzwischen unterschreiben, dass die derzeitige Klimasituation dramatisch ist und wir unbedingt etwas tun sollten. Leider verstehen viel weniger Leute dies als Aufforderung zu persönlichem Handeln, und noch viel weniger Leute tun tatsächlich etwas“, heißt es in einer Mitteilung von Pastor Bernd Klingbeil-Jahr. Die neurowissenschaftliche Forschung könne gut erklären, warum wichtige Verhaltensänderungen so schwer zu erreichen seien. „Es ist dringender erforderlich, diese Erkenntnisse in die Planung von Maßnahmen zur Rettung des Klimas zu berücksichtigen“, meint Hirnforscher Gerhard Roth. Der Eintritt ist frei, Zutritt nach der 3G-Regel und mit Maske. SIS

SCHLACHTHOF

Musicalsongs
von gestern und heute

Findorff-Bürgerweide. Musical Unplugged heißt es am Sonntag, 29. Mai, ab 19 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof. Wie es in einer Mitteilung heißt, soll das Musical Genre auf eine neue Weise mit viel Leidenschaft und Liebe zum Detail zelebriert werden. In persönlichen Erinnerungen und Situationen werden Klassiker sowie moderne Stücke thematisch zusammengefasst und neu interpretiert. Dabei werden die Sängerinnen und Sänger lediglich von akustischen Instrumenten live begleitet. „Unter dem Motto ‚Traum und Wirklichkeit‘ lassen wir die Jahre 2020 und 2021 mit all ihren Höhen und Tiefen auf der Bühne Revue passieren“, heißt es in der Mitteilung weiter. Musikalisch geboten werden unter anderem Songs aus Tanz der Vampire, Wicked, Phantom der Oper oder König der Löwen aber auch moderne Stücke, etwa aus Der Evan Hansen. THH

VON SIGRID SCHUER

Bahnhofsvorstadt. Zu Beginn des jüngsten, virtuellen Treffens des Aktionsbündnisses „Menschenrecht auf Wohnen“ hob Jens Rathgeber von der Awo Blumenthal die große Hilfsbereitschaft der Bremerinnen und Bremer für Geflüchtete aus der Ukraine hervor: „Wir bekommen zurzeit unglaublich viele Wohnungsangebote von Privatpersonen“. Auch Manfred Corbach, Prokurist bei der Gewoba, betonte, dass das Wohnungsbaunehmen helfen wolle, indem es versuche, Wohnfläche zur Verfügung zu stellen. Cor-

135

Euro Energiekosten-Zuschuss für eine Person – das sei viel zu wenig, kritisiert Achim Iwerts vom Aktionsbündnis.

bach sagte aber auch, dass andere Wohnungssuchende bei aller Hilfsbereitschaft nicht vergessen werden dürften.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Kriegs- und Krisen-Situation steigt die Sorge um eine Zunahme von Strom-Sperren, aber auch um einen für Menschen in prekären Lebenslagen nahezu leer gefegten Wohnungsmarkt. Erst jüngst hatte Awo-Präsident Michael Groß gefordert, den Mietwucherparagrafen scharf zu stellen und betont: „Wohnen ist keine Ware“. Einer der Teilnehmenden des Treffens des Aktionsbündnisses stellte die Frage in den Raum, weshalb das Jobcenter eigentlich so lange brauche, bis es Überbrückungskredite gewähre, um zu verhindern, dass es wegen der aktuell noch einmal besonders hohen Energie-Kosten nicht vermehrt zu Sperren von Strom und Wasser kommt.

Das Aktionsbündnis in persona von Achim Iwerts kritisiert auch, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Energiekosten-Zuschüsse für Menschen in prekären Lebensverhältnissen zu gering seien: 135 Euro für eine Person, 175 Euro für zwei Personen und 35 Euro für jede weitere Person.

Dass die neue Bundesregierung die auf Grundsicherung angewiesenen Haushalte



Steht in der Kritik, weil die Vergabe von Überbrückungskrediten schleppend läuft: das Jobcenter Bremen. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

mit knapp 100.000 angebe, hält man beim Aktionsbündnis für viel zu gering. Immerhin hätten die Schätzungen der alten Bundesregierung um ein Vielfaches höher gelegen. Realistisch sei die Zahl von 300.000 bis

400.000 bundesweit, wie das in Bremen aussehe, könne man momentan noch nicht sagen, sagte der frühere Sozialarbeiter Iwerts. Zu dieser Thematik soll eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden. Weit vorange-

Angst vor mehr Strom-Sperren

Wie das Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ den Ärmsten helfen will

schritten ist inzwischen die systematische Erfassung von Leerständen in einigen Teilen Bremens, um die sich unter anderem Achim Iwerts vom Aktionsbündnis kümmert. Eine Anfrage, was aus diesem Leerstand werden solle, hat er mit einem Mitstreiter vor einem Monat an die Baubehörde gestellt, aber bisher noch keine Antwort erhalten.

Und noch ein weiteres Problem treibt das Aktionsbündnis um: Für den jüngst mit allen Ehren verabschiedeten Diakon und Sozialarbeiter Harald Schröder ist bislang kein Nachfolger in Sicht, genauso wie für seinen Sozialarbeiter-Kollegen Jonas Pot'Or, der

300.000

bis 400.000 Haushalte, die auf Grundsicherung angewiesen sind, hält das Aktionsbündnis für realistisch.

im Herbst in Rente geht. Dazu fehlten die finanziellen Mittel, hieß es dazu. „Die beiden hinterlassen eine riesige Lücke in dem Bereich, in dem es wirklich brennt“, betonte Jürgen Seppel von der Liebfrauenkirche. Nun soll ein Spendenkonto bei der Kirche zur Finanzierung der Stellen eingerichtet werden.

Moritz Muras, Geschäftsführer der Wohnungslosenhilfe Bremen, berichtete über die weitere Entwicklung des Modell-Sozial-Projektes „Housing first“, in dem gerade neun Wohnungslose betreut werden. Zwei bis drei von ihnen seien gerade dabei, einen Mietvertrag zu unterschreiben. Eine Einzelperson habe gerade eine Wohnung bezogen. Fazit: Auch, wenn es ganz gut vorangehe, gelte es, zahlreiche bürokratische Hürden zu nehmen, um etwa einen Wohnberechtigungschein zu ergattern. Laut Muras zeige sich das Jobcenter kooperativ, wenn es um die Ausgabe von Mietübernahmebescheinigungen gehe.

Sobald das Aktionsbündnis wieder in Präsenz tagen kann, hat es in der Friedensgemeinde, Humboldtstraße 175, einen neuen Raum gefunden. Wo das nächste Treffen am Montag, 4. April, um 17 Uhr, stattfinden kann, wird noch bekannt gegeben.

Initiative „Koschnick-Haus“ fordert Zwangs-Abriss

VON ANNE GERLING

Lindenhof. Wie soll man mit Hausbesitzern umgehen, die ihre Immobilien über Jahre verfallen lassen und damit den Wohn- und Immobilienwert in der gesamten Nachbarschaft schmälern? In Gröpelingen hat am 10. März die Initiative „Koschnick-Haus“ eine Petition an die Bremische Bürgerschaft auf den Weg gebracht: Sie fordert die Senatorin für Stadtentwicklung auf, den Abriss des sogenannten Koschnick-Hauses an der Geeststraße 134 zu veranlassen. Es handelt sich dabei um Gröpelings wohl bekannteste Schrottimobilie, die seit mehr als 30 Jahren leer steht und immer weiter verfällt.

Mittlerweile fallen Brocken herab, kürzlich ist von den oberen Etagen Bauschutt auf das Dach des Nachbarhauses gekracht.

Die öffentliche Sicherheit sei dementsprechend nicht mehr gewährleistet und damit die gesetzliche Handhabe für einen durch die Stadt erzwungenen Abriss da, ist Petent Andreas Lieberg überzeugt, der es grundsätzlich begrüßt hätte, wenn das Gebäude hätte erhalten und saniert werden können. Schließlich verbrachte Bremens früherer Bürgermeister dort einen großen Teil seiner Kindheit und Jugend.

Um den Bereich Geeststraße/Geeststraße aufzuwerten, wurde 2019 mit Mitteln aus dem integrierten Entwicklungskonzept (IEK) ein neuer Quartiersplatz hergerichtet, Gespräche zum Koschnick-Haus blieben jedoch erfolglos. Bislang unterstützen 57 Personen die Petition mit dem Kürzel S20-288, die noch bis 21. April mitgezeichnet werden kann. Lieberg: „Ich hoffe, dass noch ein paar Mitzeichner dazu kommen.“



Die Geduld der Nachbarschaft ist am Ende: Seit mehr als 30 Jahren verfällt das Koschnick-Haus an der Geeststraße 134. FOTO: KOCH

ANZEIGE

Ihr direkter Draht zum Kunden

Jetzt Anzeige im Handwerk-Magazin schalten!

- > Verbreitung im gesamten Stadtgebiet Bremen als Beilage des KURIER AM SONNTAG
 - > übersichtlich und informativ
 - > 12 Wochen im E-Paper des WESER-KURIER
 - > Anzeigenschluss: Donnerstag, 14. April 2022
- Erscheinungsdatum: Sonntag, 22. Mai 2022

JULI 2021



Weitere Infos unter:

☎ 0421/3671-4715

@ handwerk@weser-kurier.deWESER
KURIER